



Um zukünftige Wetterkatastrophen zu verhindern, braucht es engagierte Menschen, die für Klimaschutz und Kohleausstieg streiten, wie hier bei einer Boatsdemo vor dem Berliner Braunkohlekraftwerk Klingenberg.

Foto: Kohleausstieg Berlin

Klimawandel und fairer Wiederaufbau

Soziale Bewegungen müssen auf Katastrophen vorbereitet sein – und diese als Chance zur Transformation begreifen



Daniel Mittler
privat Stiftungsrat der
Bewegungsstiftung,
beruflich Politischer
Direktor von Greenpeace
International

Der Klimawandel ist gelebte Realität. Verwüstungen durch stärker werdende Stürme sind in Ländern wie den Philippinen Alltag. Hier in Deutschland hat gerade erst Sturm Xavier Menschen getötet. Solche Ereignisse werden häufiger werden.

Die gute Nachricht lautet: Gerade dort, wo der Klimawandel besonders hart zuschlägt, wächst Widerstand – und dort brechen sich beispielhafte Lösungen Bahn. Die Stadt Tacloban auf den Philippinen, die 2013 vom Taifun Hajan zerstört wurde, ist dafür ein Paradebeispiel.

Der bittere, notwendige Wiederaufbau wird zum Umbau hin zu einer regenerativen Wirtschaft genutzt. Das Project „Re-charge Tacloban“ betreibt etwa solarbetriebene Elektrobusse, baut eine Solaranlage und beliefert Gegenden, die vom Stromnetz abgeschnitten sind, mit solarbetriebenen Batteriestrom – sowie mit Internet. „Building Back Better“ ist das Motto. Es ist die konsequente Graswurzel-Antwort auf den Katastrophen-Kapitalismus den Naomi Klein in „Schock-Strategie“ beschreibt. Es ist ein Wiederaufbau, der die Gemeinschaft stärkt und zukunftsfähiger macht.

Auch in Puerto Rico kämpfen gerade viele Gruppen für einen gerechten Wiederaufbau nach den verheerenden Orkanen Irma und Maria. Tausende haben sich zusammengenommen und fordern sowohl politische Veränderungen – etwa den Erlass von Puerto Ricos Schuldenberg – und konkrete lokale Veränderungen. Vor den Stürmen wurde 98 Pro-

zent des Stroms auf Puerto Rico aus fossilen Energien gewonnen. Projekte wie „Resilient Power Puerto Rico“ wollen, dass die zerstörte fossile Infrastruktur durch lokal kontrollierte, dezentrale erneuerbare Energien ersetzt wird. Sie verteilen Solaranlagen in entlegenen Gebieten der Insel und fordern gleichzeitig ein politisches Umsteuern ein.

Wir sollten Krisenmomente nicht den Mächtigen überlassen

Was kann Deutschland davon lernen? Zunächst: Verwüstungen durch Unwetter sollten auch hier dazu genutzt werden, einen ökologischen und sozialen Wiederaufbau zu betreiben – was bisher allzu oft nicht geschieht. Soziale Bewegungen müssen dafür Druck aufbauen. Naomi Klein beschreibt, was passiert, wenn wir Krisenmomente den Mächtigen überlassen. Auch soziale Bewegungen müssen auf Krisen vorbereitet sein – und diese auch als eine Chance zur Transformation begreifen.

NGOs müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Humanitäre Organisationen sollten zum Beispiel Katastrophenhilfe auch zum unterstützenden Aufbau einer lokalen, solidarischen und regenerativen Wirtschaft nutzen. Und auch wenn keine Unwetter wüten, schreien viele Landstriche nach transformativer Veränderung. In Anbetracht der erschreckenden Wahlergebnisse der AfD in ländlichen Gebieten war in letzter Zeit oft davon die Rede, dass die Infrastruktur dort am Boden liegt und diese Gegenden abgehängt sind. Sind da nicht Initiativen für bürgerenergie-betriebene Solarbusse – nach dem Vorbild von Re-Charge Tacloban – Teil einer möglichen Antwort?

In jedem Fall braucht es weiter engagierte Initiativen und Aktive, die für Klimaschutz und Kohleausstieg streiten – damit die Stürme nicht noch intensiver werden. Viele von ihnen fördert die Bewegungsstiftung seit Jahren.

Termine

Strategiewerkstatt
9.-11. März 2018 in Berlin

Beirat der StifterInnen
4.-6. Mai 2018 in Frankfurt/M.

Aktivisten in eigener Sache



Die Kellerkinder bei einer Aktion vor dem Weltkongress der Psychiater und Psychotherapeuten dieses Jahr im Oktober in Berlin: Symbolisch wird das Recht auf Selbstbestimmung zu Grabe getragen.

Foto: Kellerkinder

Der Verein Kellerkinder fordert die Einrichtung einer Bundestags-Enquete-Kommission zur UN-Behindertenrechtskonvention, um mehr Partizipation und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen zu erstreiten. Thomas Künneke erklärt, warum das wichtig ist.

Oft werden wir aufgrund unseres Namens gefragt, ob wir uns für Kinder engagieren. Dann erklären wir immer, dass wir uns im Souterrain (Keller) gegründet haben. Wir sind Menschen, die manchmal über ihre seelischen Hindernisse stolpern, oft schon seit unserer Kindheit. Deshalb werden wir seitens der Gesellschaft manchmal wie unselbstständige, ungezogene Kinder behandelt. Aber dies und vieles mehr ist nur ein Teil der Erklärung. Der Name entstand auch durch die Auseinandersetzung mit der Eugenik („Verbesserung der menschlichen Rasse“), aus der Auseinandersetzung mit der „Euthanasie“ und den Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus und somit auch mit den Kellern der Tötungsanstalten jener Zeit.

Kontinuitäten zum Nationalsozialismus

Aber auch noch in den 1990er Jahren zeigte der Umgang mit Menschen mit Behinderung in Europa Kontinuitäten zu der Zeit des Nationalsozialismus. „Die Zustände in einigen

rumänischen Häusern“, sagt Schmidt-Michel, hätten ihn „an den Umgang mit psychisch Kranken in der Zeit des Faschismus“ erinnert. In Bcelean an der ukrainischen Grenze zum Beispiel, wo die Hälfte der 130 Patienten im Jahr 1990 im Keller wie Tiere untergebracht waren: „Das war passive Euthanasie.“ (aus: Der Spiegel, Der Psychiatrie-Gulag, 04.12.2006.) Und noch heute ist die Situation vieler Betroffenen weltweit nicht menschenwürdig.

Das Lebensrecht behinderter Menschen wird in Frage gestellt

Aber wie ist die Situation morgen? Hier ist der Bioethiker und Philosoph Peter Singer zu nennen, der im Heute das Lebensrecht behinderter Menschen in Frage stellt. Seine „Lehren“ veranlassten uns als Verein wiederum dazu, zu handeln und auf die täglichen Stigmatisierungen und Menschenrechtsverstöße aufmerksam zu machen. Hier möchten wir die Mechanismen, wie die Bewertung von Menschen nach Wirtschaftsleistung und

permanenter Anpassungsfähigkeit, die auch Kriterien der Tötung von Behinderten in der NS-Zeit darstellten, verdeutlichen und auf die Gefahr in diesem Denken hinweisen.

In diesem Engagement versteht sich der Verein Kellerkinder nicht als eine Organisation der Selbsthilfe, sondern als eine der Selbstvertretung. Wir sind Aktivisten in eigener Sache. Wobei wir das Ins-Handeln-Kommen für die eigene Sache auch als eine Form von (Selbst-)Behandlung verstehen. Wir sind unserem Hindernis nicht ohnmächtig und somit abhängig ausgeliefert, sondern wir können für uns etwas selbstbestimmt und aktiv tun. Aber können „psychisch kranke“ Menschen, die im „Tatort“ in der Regel den Mörder stellen oder ein Flugzeug mit unschuldigen Passagieren vor Alpenwände setzen, Selbstbestimmung einfordern? Brauchen „psychisch Kranke“ nicht eher Fürsorge, Fremdbestimmung oder gar Zwangsmaßnahmen, um sie vor sich selbst zu schützen?

Mehr Akzeptanz für alle, die „anders“ sind

Genau diesen Stigmatisierungen wollen wir entgegenwirken. Wir möchten mit vielen Teilen unseres „Anderseins“ im Sinne einer partizipativen Selbstbestimmung akzeptiert werden. Natürlich bedarf es manchmal einer „Seelen-Krücke“ oder einer „Seelenprothese“ wie Therapie, Behandlung und Begleitung. Aber dieser Teil unserer Existenz begleitet uns in zeitlich begrenzten Krisen und nicht in unserem ganzen Leben. Dennoch, eine Diagnose beschreibt für unsere Umwelt einen Dauerzustand menschlicher Irrationalität. Wir sind somit nicht ernst zu nehmen und es folgen Fremdbestimmung und Zwang.

Die Lebenssituation vieler Menschen mit seelischen Hindernissen macht es notwendig, eine Wiederauflage der Enquete der 1970er Jahre zu schaffen. Einer Enquete-Kommission, in der die Betroffenen den Inhalt wesentlich mitbestimmen. Hierfür steht unsere Kampagne „BRK-Enquete-Jetzt“. Die Bewegungsstiftung unterstützt die Kampagne seit Mai 2017 mit 15.000 Euro.

Mehr Infos: www.seeletrifftwelt.de/test-2/brk-enquete/

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Daniel Mittler, Janina Barth **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/ 957 540, Fax 04231/ 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Es wird kälter und neoliberaler werden in Deutschland“



„Wir brauchen dringend eine Kooperation von Opposition und sozialen Bewegungen“, sagt Anke Domscheit-Berg. Die Netzaktivistin und Publizistin sitzt seit Oktober als Abgeordnete für die Linke im Bundestag.

Foto: CC-BY Julia Tham

Ihr Vortrag beim StifterInnen-Beirat im Oktober ist wegen Sturm Xavier leider ausgefallen. Stattdessen haben wir mit der Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg ein Interview über das Wahlergebnis, Datenschutz und die Aussicht auf eine Jamaika-Koalition geführt.

Frau Domscheit-Berg, Sie sind Unternehmerin, Publizistin und Aktivistin und seit neuestem Bundestagsabgeordnete der Linken, für die Sie als Parteilose kandidiert haben. Aktivistin und Berufspolitikerin – schließt sich das nicht aus?

Anke Domscheit-Berg: „Ich habe da ein anderes Verständnis von Politik. Ich denke, was die Politik mehr tun muss – und die Linke macht das ja auch schon sehr stark – ist, sich mit sozialen Bewegungen zu vernetzen. Wir sehen uns da als Vertreter für Menschen aus dem Volk, indem wir Anliegen aus sozialen Bewegungen aufgreifen, so dass wir etwa über kleine Anfragen Fakten für sie herausbekommen und gemeinsam mehr Druck auf die Regierung ausüben können.“

Als einen Grund für Ihre Kandidatur nennen Sie den Rechtsruck in der Gesellschaft. Wie sollte man mit der AfD und mit ihren WählerInnen umgehen?

„Sicherlich falsch ist, sich wie im Wahlkampf von der AfD die Agenda diktieren zu lassen und nur über Flüchtlinge und Terrorismus zu sprechen. Man muss die AfD da entlarven, wo sie schwach ist. Was haben die denn für eine Position zur Rente, zur Wohnungsfrage, zu Kinderarmut? Da gibt es keine vernünftigen Antworten. Aber Politik muss auch das Vertrauen frustrierter Wähler zurückgewinnen. Dazu braucht es mehr Transparenz, mehr Partizipationsmöglichkeiten und mehr soziale Gerechtigkeit.“

Stichwort Datenschutz und Bürgerrechte: Warum formiert sich trotz NSA-Skandal und zunehmender Überwachung durch Staat und Konzerne keine breite Protestbewegung?

„Ich glaube, dass ganz viele Menschen das komplizierte Problem Überwachung überhaupt nicht verstehen. Dazu kommt das Gefühl, als Einzelner machtlos zu sein, weil große Unternehmen wie Facebook und Goo-

gle, Regierungen und Geheimdienste gefühlt oder tatsächlich unter einer Decke stecken. Wenn ich mich aber ohnmächtig fühle, dann mache ich eher nichts. Ich glaube auch, dass Regierungen das tun, weil man sie lässt. Und zu viele Menschen lassen sie machen. Und die Bewegungen, die es gibt, sind nicht stark genug, um das zu verändern.“

Das Beispiel TTIP zeigt aber, dass sich auch bei komplizierten Themen großer Protest entwickeln kann.

„TTIP wurde aber heruntergebrochen auf einfache Argumente, wie das Chlorhühnchen und geheime Schiedsgerichte. Diese Dinge waren so eindeutig, dass es gereicht hat, Menschen zu mobilisieren. Bei Überwachung denken viele: Wenn die in mein Handy gucken, mir egal, ich hab nichts zu verbergen. Das ist ein Fehlschluss. Wer so denkt, sollte sich fragen: Würde ich aus Sicherheitsgründen einem Polizisten meinen Wohnungsschlüssel geben und sagen: Guck ruhig in meine Fotokiste unterm Bett, wühl in meiner Schmutzwäsche, ich hab ja nichts zu verbergen? Da reagiert fast jeder entsetzt. Aber genau das findet statt in der digitalen Welt. Ich hab nämlich keine Fotokiste mehr unterm Bett. Ich hab sie auf dem Smartphone. Wenn Leute darüber nachdenken, verstehen sie, was für eine aggressive Invasion in die Privatsphäre gerade stattfindet.“

Was können soziale Bewegungen unter einer Jamaika-Koalition politisch erreichen?

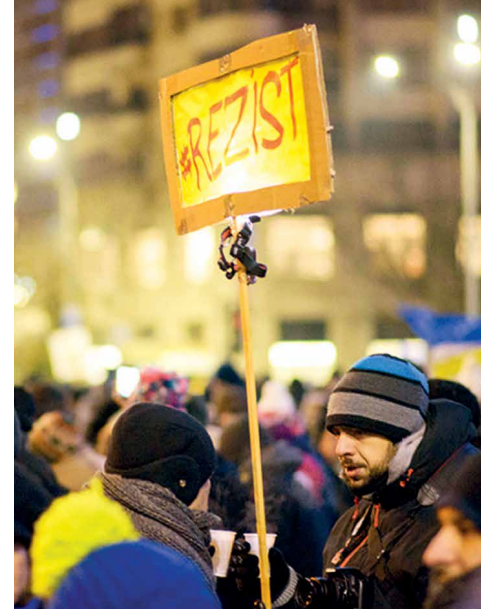
„Wir brauchen dringend eine Kooperation von Opposition und sozialen Bewegungen. Denn es wird kälter und neoliberaler werden in Deutschland. Bei den Jamaika-Verhandlern gibt es nur die Grünen, die überhaupt an sozialen Themen Interesse haben. Aber wenn sie bei ihren Kernthemen Umwelt und Energie etwas erreichen, wird kein Raum mehr für Geschlechtergerechtigkeit, Armutsbekämpfung oder Familiennachzug für Geflüchtete sein. Dann sind Bewegungen und die demokratische Opposition gefragt, um gemeinsam richtig Druck zu machen – im Parlament und auf den Straßen, damit wir einen konservativen Rückschritt verhindern.“

Das ganze Interview können Sie auch in unserem Podcast anhören unter: bewegungsstiftung.de/podcast.html

Neu in der Förderung



Zwei der neuen Förderprojekte: Die Initiative Women in Exile & Friends verleiht Flüchtlingsfrauen eine Stimme. Die rumänische Bürgerbewegung de.clic mobilisiert Proteste gegen Korruption.



Fotos: Women in Exile & Friends, de.clic

Kampagnenförderung

Kampagne gegen Demokratieabbau in Rumänien

Die rumänische Bürgerbewegung de.clic kämpft gegen geplante Gesetze in Rumänien, die das Justizsystem schwächen und Korruption entkriminalisieren würden. Mit Großdemos, Flashmobs und einer breiten Mobilisierung über soziale Netzwerke will das de.clic-Netzwerk die Regierung so lange unter Druck setzen, bis der geplante Demokratieabbau gestoppt ist.

Unsere Förderung: 15.000 Euro
www.declic.ro

Schule ohne Abschiebung

Abschiebungen machen in Deutschland weder vor SchülerInnen noch vor Klassenzimmern halt. Bedroht sind davon auch hier geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche, unter ihnen viele Roma. Die bundesweite Kampagne des Roma-Centers Göttingen will das Bleiberecht für alle SchülerInnen bis zu ihrem Abschluss erreichen und Abschiebungen an Schulen verhindern. Dazu will die Kampagne SchülerInnen, Eltern und Schulen beraten, vernetzen und mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Unsere Förderung: 13.500 Euro
www.roma-center.de

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt fordert eine

unabhängige Beobachtungsstelle zu Abschiebungen am Flughafen Leipzig/Halle und startet dazu eine Kampagne. Mit Veranstaltungen, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit wollen die Aktiven die unmenschliche Abschiebepaxis publik machen und die Politik zum Handeln bewegen.

Unsere Förderung: 15.000 Euro
www.fluechtlingsrat-lsa.de

„Jeder Tag zählt“

Die Kampagne „Jeder Tag zählt! Raus aus der Kohle für Klima, Gesundheit und Menschenrechte“ will den Kohleausstieg in Berlin vorwärts treiben. Mit Aktionen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wollen die Aktiven erreichen, dass in der geplanten Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg ambitionierte Ziele formuliert werden, deren Umsetzung verbindlich festgeschrieben wird. Weiteres Ziel ist, dass Vattenfall in Berlin keine importierte Steinkohle nutzt, deren Abbau mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht.

Unsere Förderung: 15.000 Euro
www.power-shift.de

Basisförderung

Gesellschaft für Freiheitsrechte

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) setzt sich mit dem Werkzeug der strategischen Prozessführung für Grund- und Menschenrechte ein. Seit 2016 hat der Verein vier Verfassungsbeschwerden auf den Weg gebracht,

unter anderem gegen die die Überwachung der internationalen Telekommunikation nach Deutschland und von Deutschland (G10) durch den BND und das Anti-Whistleblower-Strafgesetz. Weitere Verfassungsbeschwerden sind in Vorbereitung. Ein solcher juristischer Aktivismus setzt allerdings einen sehr langen Atem voraus, denn die Verfahren ziehen sich häufig über Jahre hin und werden auf einem hohen juristischen Niveau geführt. Deshalb will sich die GFF professionalisieren und ihre Organisation ausbauen.

Die Bewegungsstiftung unterstützt diesen Entwicklungsschritt bis 2019 mit einer

Basisförderung von 50.000 Euro.
www.freiheitsrechte.org

Women in Exile & Friends

Women in Exile ist eine Initiative von Flüchtlingsfrauen, in der auch Aktivistinnen ohne Fluchthintergrund mitarbeiten. Der Verein fordert die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze gegen Asylsuchende und MigrantInnen und kämpft gegen die Verschränkung von Rassismus und Sexismus. Dafür vernetzt Women in Exile Flüchtlingsfrauen in ganz Deutschland, macht ihre Lebensbedingungen öffentlich, organisiert Workshops, Aktionen und Demonstrationen und verleiht Flüchtlingsfrauen so eine Stimme. Um das bisher Erreichte zu sichern und den Organisationsaufbau vorwärts zu treiben, unterstützt die Bewegungsstiftung Women in Exile bis 2019 mit einer

Basisförderung von 40.000 Euro.
www.women-in-exile.net

„Protest und Bürgerbeteiligung gehören zusammen“

StifterInnen vorgestellt: Carsten Herzberg erklärt im Interview, warum er seine Zustiftung als Investition begreift und was er an der Bewegungsstiftung schätzt



Carsten Herzberg forscht zum Thema Bürgerbeteiligung beim nexus-Institut in Berlin und engagiert sich beim Verein mitMachen in Potsdam. Seit 2016 ist er Stifter der Bewegungsstiftung.

Foto: Kathleen Friedrich

Warum bist du Stifter der Bewegungsstiftung geworden?

Carsten Herzberg: „Ich begreife mein Stiften als Investition. Es geht mir darum, eine Arbeit zu unterstützen, die ich selbst nicht leisten kann, aber wichtig finde. Ich forsche und arbeite zum Thema Bürgerbeteiligung, also zur Einbeziehung vor Bürger*innen in politische Prozesse. Eine wichtige Erkenntnis dabei ist, dass Bürgerbeteiligung ohne den Druck von unten – ohne soziale Bewegungen, die Druck machen – nicht funktioniert. Solange nur Einzelpersonen auftreten haben sie keine Chance, sich gegen andere Akteur*innen durchzusetzen. Erst Kraft ihres gemeinsamen Protests können sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen. In meinen Augen arbeiten Protest und Beteiligung daher Hand in Hand.“

Inwiefern gehört das für dich zusammen?

„Eine soziale Bewegung, die auf die Durchsetzung ihrer Ziele drängt und diese eines Tages

auch umsetzen kann, muss dafür sorgen, dass diese Ziele auch verwaltet werden. Ein Beispiel dafür ist der Atomausstieg. Mittlerweile hat sich die Überzeugung durchgesetzt, die Atomkraftwerke stillzulegen. Aber bis jetzt bleibt unklar, wie die Rückabwicklung genau aussehen soll. Auch dafür braucht es Partizipation. Das finde ich einen spannenden Schritt, der gleichzeitig auch Fragen aufwirft: Soziale Bewegungen und Bürgerbeteiligung, passt das zusammen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen?“

Gibt es politische Ereignisse, die dich besonders geprägt haben?

„Ein Schlüsselereignis waren die Anti-Castor-Proteste Anfang der 1990er Jahre. Damals habe ich in Potsdam studiert und die Anti-Atom-Bewegung vor Ort mit aufgebaut. Zu diesem Zeitpunkt war noch vollkommen unklar, ob der Protest gegen Atomkraft jemals Erfolg haben würde. Als nach der Katastrophe in Fukushima der Atomausstieg wirklich begonnen wurde, hat das auch gezeigt: Protest

lohnt sich! Irgendwann bewegt sich tatsächlich etwas. Jetzt müssen wir den Kohleausstieg und die Energiewende als solche schaffen. Auch das geht nicht ohne Partizipation der Bürger!“

Was überzeugt dich an der Arbeit der Stiftung?

„Die Transparenz. Man kann wirklich sehen, wofür das Geld eingesetzt und wo es angelegt wird. Außerdem gefällt mir, dass man sich als Stifter einbringen und mitentscheiden kann, es aber nicht muss, ohne dass es einem übelgenommen wird. In den Gremien überzeugt mich auch der souveräne und willkommene Umgang mit verschiedenen Positionen. Dass unterschiedliche Meinungen stets als gewinnbringend aufgefasst werden, schätze ich sehr. Ob die aufwendige Entscheidungsfindung durch diverse Gremien tatsächlich der beste Modus ist, da bin ich mir nicht sicher. Damit beschäftigt sich die Stiftung ja selbst ganz stark. Das zeichnet sie meines Erachtens auch aus: ihre Selbstreflexion.“

Die Bewegungsstiftung ist dieses Jahr 15 Jahre alt geworden. Was wünschst du ihr für die nächsten 15 Jahre?

„Weiteres Wachstum und dass es Nachahmer gibt! Ich habe mich sehr gefreut, dass in diesem Jahr eine große Zustiftung erfolgte, die einen Ausbau der Förderung ermöglicht. Ich wünsche ihr, dass sich neue Stiftungen gründen, die das Modell der Bewegungsstiftung übernehmen. Das wäre keine Konkurrenz, sondern die Weiterverbreitung einer Idee. Vielleicht wäre es für die Bewegungsstiftung sinnvoll, sich auf bestimmte Inhalte zu fokussieren. Im Moment fördert sie ja Projekte in einem sehr breiten Themenspektrum. Vielleicht ließe sich noch mehr erreichen, wenn man zum Beispiel Themenjahre mit wechselnden Förderschwerpunkten schaffen würde. Aber das sind Überlegungen, keine Forderungen. Ich freue mich darauf, sie in den Gremien und der Strategiewerkstatt im Frühjahr einzubringen.“

Das Interview führte Janina Barth.

Engagierter Protest durch die „juristische Brille“

Wie unser Förderprojekt JUMEN vor Gericht für das Recht auf Familiennachzug streitet



Adriana Kessler (l.) und Sigrun Krause (r.) setzen sich vor Gericht dafür ein, dass Geflüchtete ihre Familie nach Deutschland holen können.

Foto: Janina Barth

Ein kleiner Junge aus Syrien, dessen Mutter in der Türkei wartet, da das Geld der Familie für eine gemeinsame Weiterreise nicht gereicht hat; eine somalische Frau, die vor fünf Jahren fliehen und ihre minderjährigen Töchter zurücklassen musste, die inzwischen in Kenia sind; ein 17-Jähriger, der seine Eltern aus dem syrischen Bürgerkrieg schnell nach Deutschland holen möchte, weil sein Recht, bei den Eltern zu sein, mit der Volljährigkeit erlischt. Sie alle haben eines gemein – sie hoffen auf den Verein JUMEN, der sich für die Umsetzung von Menschen- und Grundrechten in Deutschland einsetzt und ihre Fälle vor das Bundesverfassungsgericht gebracht hat.

Vor zwei Jahren haben die beiden Juristinnen Adriana Kessler und Sigrun Krause zusammen mit der Politologin Ullika Borkamp JUMEN gegründet – als Reaktion auf die damaligen asylrechtlichen Neuerungen: Nachdem 2015 im Sommer der Migration viele Flüchtende in die EU und nach Deutschland kamen und anerkannte Flüchtlinge Antrag auf Familiennachzug stellten, vergaben die Behörden immer

mehr Geflohenen nur den Status des subsidiären Schutzes anstelle einer Anerkennung als Flüchtling. Im März 2016 wurde dann das Recht, die Familie nachzuholen, für Menschen mit diesem rechtlichen Status für zwei Jahre ausgesetzt. Wegen der Kürze der Zeit, „in der das Gesetz durchgepeitscht wurde“, so Krause, sei Protest dagegen kaum möglich gewesen.

Das Gericht soll zum umstrittenen Gesetz Position beziehen

Die Organisation JUMEN greift daher zu einem Werkzeug, das besonders in den USA im Bereich des Menschenrechtsaktivismus verankert ist – der strategischen Prozessführung. Dabei werden Themen vor Gericht platziert, um mit den folgenden Urteilen die öffentliche Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Ziel ist es, dass sich das Gericht nicht nur zum behandelten Einzelfall, sondern zum umstrittenen Gesetz als Ganzes (in diesem Fall der Aussetzung des Familiennachzugs) positioniert. „So wird eine Referenz für die juristische Argumentation in

anderen Fällen und vor anderen Gerichten geschaffen“, erklärt Sigrun Krause die Vorgehensweise.

Am Anfang ihrer Arbeit stand die Entwicklung einer juristischen Argumentation, die dazu führen soll, dass das zuständige Gericht wirklich zum Gesetz als solchem Stellung beziehen muss. Die anfängliche Sorge, keine passenden Fälle für diese Methode zu finden, erwies sich schnell als unbegründet: Aktuell betreut JUMEN acht Geflüchtete vor Gericht. „Es gibt aber viel mehr Anfragen, als wir stemmen können“, so Kessler. Wichtig sei es, von Beginn an deutlich zu machen, was JUMEN im späteren Prozess erreichen will. „Wir wollen nicht nur, dass die Einzelperson ihre Familie nachholen kann, sondern mit dem Prozess der Durchsetzung der Menschenrechte näherkommen“, sagt Kessler.

Wichtig ist ein gutes Betreuungsumfeld für die Mandant*innen

Da in den Verfahren häufig Kinder die Mandant*innen seien und stets Hoffnungen geweckt würden, die unter Umständen nicht erfüllt werden können, seien außerdem engagierte Sorgeberechtigte und ein Betreuungsumfeld wichtig, in dem sich das Kind geborgen fühlen könne und das je nach Alter die juristischen Verfahren von ihm fernhalte. Den Geflüchteten, mit denen JUMEN vor Gericht zieht, nimmt der Verein das Kostenrisiko. Die Unterstützung durch die Bewegungsstiftung stelle dabei die Basis für ihre Arbeit sicher, resümiert Kessler: „Ohne die Förderung hätten wir das Projekt in dem Maße gar nicht anstoßen können.“ Um weitere Fälle annehmen zu können, sammelt der Verein nun auf der Plattform „Betterplace“ Spenden.

Ihre Strategie, durch die „juristische Brille“ für die Durchsetzung von Menschenrechten zu kämpfen, sehen die drei JUMEN-Frauen als Ergänzung zu anderen Formen des Protests. Sie wollen ihre juristische Expertise mit Öffentlichkeitsarbeit verknüpfen und für Menschen- und Grundrechte einstehen – und so Menschen wie der somalischen Mutter oder dem kleinen Jungen aus Syrien zu ihrem Recht verhelfen.

Janina Barth